

»Alternative, saubere Energien sind zu fördern«

Friedens- und Umweltbewegung bereiten sich auf Proteste gegen RWE-Aktionärsversammlung vor. Gespräch mit Udo Buchholz

Gitta Düperthal

Die RWE-Aktionärsversammlung in Essen steht am 26. April an. Weshalb bereiten sich die Anti-AKW- und Anti-Braunkohle-Bewegung mit einem Treffen am kommenden Sonntag in Düsseldorf erstmals auf gemeinsame Proteste dort vor?

Wir haben ein gemeinsames Interesse an umweltfreundlicher Energieversorgung. Das schließt Atomstrom und Braunkohlestrom aus. Wir wollen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Kürzlich hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) anerkannt, dass die belgischen Atomkraftwerke durchaus gefährlich sein können – jedoch als Alternative die glorreiche Idee unterbreitet, Braunkohlestrom aus NRW zu liefern.

Aktivisten beider Bewegungen sind dagegen: Wir lehnen schmutzige Emissionen von Braunkohlekraftwerken ebenso ab wie die Umweltzerstörung im Hambacher Forst. Steinzeitliche Energieversorgung, ob mit Atom oder Braunkohle, muss der Vergangenheit angehören. Alternative, saubere Energien sind zu fördern.

Nicht nur die Anti-AKW- und die Anti-Braunkohle-Bewegung schließen sich zusammen. Zu Ostern protestierte auch die Friedensbewegung vor der Urananreicherungsanlage Gronau, die vom Konzern Urenco betrieben wird – mit Beteiligung von RWE. Kann Gronau militärisch genutzt werden?

In Gronau steht die einzige Urananreicherungsanlage bundesweit. Sie arbeitet nach dem sogenannten Zentrifugenverfahren: Danach wäre es möglich, die Anlage so zu schalten, dass hochangereichertes Uran produziert werden kann. Für Atomwaffen mit Uranbasis wird das spaltfähige Uran-235 auf mindestens 80 Prozent angereichert. Bekanntermaßen gibt es das Dilemma bereits: Der in den 70er Jahren in den Niederlanden praktizierende pakistanische Wissenschaftler Abdul Kadir Khan hatte jahrelang den Atomwaffensperrvertrag und alle Sicherheitsvorkehrungen unterlaufen, sein Know-how über den Bau der Bombe zu Geld

gemacht. Der Iran, Libyen und Nordkorea standen auf der Kundenliste seines atomaren Schmugglerrings. Der Iran wurde mehrfach militärisch bedroht, weil ihm unterstellt wurde, über diese Technik bereits zu verfügen – wovon die ganze Welt zittert. In Gronau sind diese Möglichkeiten auch vorhanden.

Die Stilllegung von Gronau ist ein Dauerthema. Weshalb ist daraus noch nichts geworden?

Mittlerweile fordern das alle Umweltminister der Länder. Die Exbundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte ein Gutachten in Auftrag gegeben, um prüfen zu lassen, ob es rechtlich möglich ist. Obgleich das der Fall ist, ist beim geplanten Atomausstieg bis 2020 – aus unserer Sicht ohnehin viel zu spät – die Anlage Gronau ausgeklammert. Wir werden nun politischen Druck auf ihre Nachfolgerin Svenja Schulze (SPD) machen. Darum haben die Anti-AKW-Aktivist*innen mit dem Friedensmarsch Rhein-Ruhr und der Friedenskooperative beim Ostermarsch zusammengearbeitet. Dabei waren auch Braunkohlegegner. Die Umwelt- und Friedensbewegung wird sich nicht in Teilbereiche aufspalten. Wir werden unsere gemeinsamen Positionen bei der Hauptversammlung von RWE in Essen vortragen.

Am 26. April findet nicht nur die RWE-Hauptversammlung statt, es ist zugleich der Tschernobyl-Jahrestag. Wie passt das zusammen?

Vermutlich werden die Strategen des Konzerns dies im Blick haben – und wollen so möglicherweise Stärke beweisen. Wir werden ihnen einen Strich durch die Rechnung machen, indem wir an diesem Tag vor der Versammlung in Essen protestieren. Die kritischen Aktionäre werden derweil drinnen aufzeigen, welche Gefahren drohen. Im Hinblick auf diesen Tag, 32 Jahre nach der Atomkatastrophe, plant die Anti-AKW-Bewegung im Vorfeld Aktionen: Am 22. April eine Protest- und Kulturmeile in Brokdorf; in Ahaus wird am 15. April demonstriert. Im Zwischenlager dort soll Atommüll aus Garching gelagert werden.

RWE ist am Urenco-Konzern beteiligt, dessen Verkauf eventuell ansteht. Warum ist das gefährlich?

Urenco betreibt in Gronau in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Urananreicherung; in Deutschland sind RWE und EON daran beteiligt. Zuletzt war ein möglicher Verkauf an ein japanisches und ein US-Unternehmen im Gespräch. Es müssten alle Alarmglocken klingeln, wenn in Japan oder den USA damit militärisch gearbeitet werden soll. Wir fordern, Gronau sofort zu schließen.

Udo Buchholz ist Vorstandsmitglied und Pressereferent des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

<https://www.jungewelt.de/artikel/330153.alternative-saubere-energien-sind-zu-fordern.html>